

Haushaltsrede
des Kreistagsmitgliedes
Udo Gabriel (Die LINKE.)

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

die ersten Worte meiner Haushaltsrede gelten den Beschäftigten der Verwaltung, denn für die geleistete Arbeit des Haushaltsentwurfes 2009 gebührt Ihnen Respekt und Dank.

Wie ich in 2008 nicht anders erwartet habe, wurde die „NKF-Komplettumstellung“ mit so hoch qualifiziertem Personal problemlos gemeistert“.

Die Worte Haushalt und Haushaltsmisere sind seit Jahren, genauer seit Jahrzehnten in den meisten Kommunen der Bundesrepublik Deutschland und in besonderem Maße im Kreis Unna Synonym – also gleichbedeutend.

Das hat Gründe, strukturell geschaffene und gewollte Gründe. Der Kreisdirektor und Kämmerer Rainer Stratmann betonte in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes 2009: „Ich lege Ihnen heute einen Haushalt vor, der noch geprägt ist von außerordentlich guten Zahlen auf der Ertragsseite...“.



In diesem Satz verbirgt sich ein Gutteil des Desasters. Das Desaster der vollkommenen Konjunkturabhängigkeit kommunaler Haushalte, die nur zu einem Zweck von den Bundes- und Landesregierungen der letzten 28 Jahre geschaffen wurde, die Reichen reicher zu machen! Unter diesem Blickwinkel kann die betriebene Politik als ausgesprochen erfolgreich bezeichnet werden.

Aber dieser Blickwinkel ist ein durch Scheuklappen reduzierter, den wir uns nicht zu eigen machen sollten.

Unser Blickwinkel sollte Panoramaqualität annehmen und uns erkennen lassen, dass wir als Kreis Unna über die unausweichlich wichtigen Klagen gegen die Landesregierung auch politisch gemeinsam Position beziehen müssen, wenn wir erreichen wollen, dass Infrastruktur, Umwelt, Kultur und Lebensqualität im Kreis Unna nicht weiter marodieren.

Die uns von der Verwaltung ausgearbeiteten Listen möglicher Einsparpotentiale, vielfach auch Listen der Grausamkeiten genannt, haben ein Volumen von 10,34 Millionen Euro und ließen - komplett umgesetzt - dem Kreis Unna nur wenig Widererkennungswert. Ein Kreis dem die Bewohner davolliefen, weil die Lebensqualität ein grausam tiefes Niveau erreichte.

Beim Lesen der Stratmannschen Einbringungsreden der letzten Jahre hat es für mich in der aktuellen Rede einen erfreulichen Wandel gegeben: Weg vom relativen Optimismus hin zur Erkennung der realen Brutalität.

Herr Stratmann zitiert Prof. Junkernheinrich mit dem Begriff der „Vergeblichkeitfalle“, in der sich vornehmlich Kommunen des Ruhrgebiets befinden. Und kommt dann über die so genannten „ALG II – Aufstocker“ zu dem Resultat, dass es sich hier um einen finanz- und sozialpolitischen Skandal handelt.

Und dann - na endlich - die argumentativ untermauerte und mich begeisternde Forderung: „Mindestlohn!“.

Hier eine Anmerkung an der wir Linken uns weiden können und die ich Ihnen allen nicht ersparen möchte:

Als Sie noch nicht wussten wo die Glocken hängen, haben wir sie bereits geläutet!
Aber es ist schön zu sehen, wenn linke Forderung raumgreifend wirken.

Darum sei hier noch eine weitere gestellt:

In NRW benötigen wir dringend einen Entschuldungsfonds für in Haushaltssicherung befindliche Kommunen. Einen entsprechenden Resolutionstext werden wir in der nächsten Kreistagssitzung als Antrag einbringen.

Doch dem Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers scheint das Wohl der Kommunen nicht so sehr

am Herzen zu liegen. Denn er beabsichtigt, Banken und Konzernen Milliarden mit seinem „Deutschlandfonds“ in den Rachen zu werfen.
Der zugrunde liegende Gedanke könnte sein: „Die können besser mit Geld umgehen.“

An dieser Stelle mein alljährlicher Appell.

Wenden Sie sich an Ihre Abgeordneten in Land und Bund, drohen Sie ihnen den Entzug Ihrer Unterstützung an.

Der Stellenplan:

Eine schmerzengeldpflichtige Angelegenheit - die Ausdünnung geht weiter!

Bis 2011 sollen noch weitere 7 Stellen abgebaut werden, das geht an die Substanz, gefährdet die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung und vornehmlich die Gesundheit der Beschäftigten.
An dieser Stelle ein klares Nein!

Zumindest hat die Verwaltungsspitze es inzwischen erkannt und spricht mit großer Sorge von berufsbedingten Belastungen, die zunehmend psychische und physische Probleme verursachen. Aber auf weitere kw-Vermerke möchte sie nicht verzichten.

Die mehrjährigen Klagen und Warnrufe des Personalrates, aber auch der Gruppe Die Linke, haben Gehör und Verständnis gefunden, jedoch bis dato nur wenig Umdenken bewirkt.

Aber hierdurch hat es Reaktionen im Bereich der Personalentwicklung gegeben, die in einem Fortbildungskonzept mündeten und mit dem Thema Mobbing ist ein guter Start gelungen.

Bei dem vorhandenen demographischen Wandel und der jetzigen Personalstärke ist der innerbetriebliche Wissenstransfer nicht mehr gegeben und wird zukünftig noch heute nicht absehbare Probleme aufwerfen.

Gegenüber der dramatischen Situation der Vorjahre sieht der Personalrat wiederum keine Verbesserungen für die Beschäftigten. Die Arbeit am Leistungslimit ist nach wie vor krankmachende Wirklichkeit:

- In den meisten Bereichen gibt es noch immer keine Urlaubsvertretung. Die Arbeit bleibt liegen und steigert die Unzufriedenheit der Beschäftigten und der Bürger.
- Die Qualität der Ausbildung hat sich in den hoch belasteten Ämtern ebenfalls nicht verbessert.

Die meisten Beschäftigten und auch wir haben nur Unverständnis dafür, weiterhin auf Stellenstreichungen zu setzen. Das Arbeitsvolumen in der Kreisverwaltung ist so groß, dass die Regelungen zum Freizeitausgleich und zur Überstundenbezahlung nicht ausreichen, um das Pensum zu bewältigen. Auch im letzten Jahr sind wieder etliche Arbeitsstunden unentgeltlich geleistet worden. In dieser Frage hat es trauriger Weise keine Entlastung und kein Vorwärtkommen gegeben.

Da ich im letzten Jahr mit dem Ende meiner Rede bei vielen von Ihnen nur Unverständnis geerntet habe, habe ich mich gefragt, lag das vielleicht daran, dass die Lebenssituation der bundesdeutschen Soldaten noch relativ komot war und ich deshalb nicht den richtigen Ton traf oder an Ihrer überzeugten Zustimmung zu diesem Krieg?

Diese in mir rumorende Frage bewegt mich, erneut nachzuhaken.

Haushaltsangelegenheiten haben immer mit Geld zu tun und wie damit gewirtschaftet wird. Aber sie haben auch damit zu tun, wo das Geld her kommt und gegebenenfalls warum es weg bleibt. Ich weiß, Bemerkungen zum Rüstungshaushalt und zur Bundeswehr werden hier von der überwiegenden Mehrheit nicht gern gehört! Das vermag ich kaum zu beeinflussen, aber der Kausalzusammenhang zwischen diesen Haushalten lässt sich nicht weglegnen.

Und wenn unsere Regierung sich gegen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung grundgesetzwidrig entscheidet, Kampftruppen nach Afghanistan zu entsenden, um statt hier in das Leben dort - in den Tod zu investieren, dann darf das von kritischen Köpfen nicht verschwiegen werden. Wir verurteilen aufs Schärfste dieses todbringende Verhalten der Bundesregierung.

Das war aus dem letzten Jahr zitiert. Nun unter der noch andauernden Oba-Manie eine Ergänzung:

Wie wird einer Forderung Obamas begegnet, die die Aufstockung der deutschen Truppen verlangt?

Ich weiß es nicht, doch ich befürchte Schlimmstes!

Nun zu unserem Abstimmungsverhalten:

Den Haushalt und den Stellenplan werden wir als Ganzes ablehnen. Ablehnen auch aus dem Grund, weil wir die Kredit-Reglementierung und damit die Beschneidung des Haushaltes durch den Regierungspräsidenten Diegel nicht hinnehmen.

Bei den Einzelanträgen zum Haushalt werden wir die Mehrzahl der Anträge mittragen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.